

---

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Bösch, Vilimsky

und weiterer Abgeordneter

betreffend Nichtzustimmung zur Schengen-Erweiterung

**eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten gem. § 19 Abs. 2 GOG zum EU-Reformvertrag in der 38. Sitzung des Nationalrates am 8. November 2007**

Seit dem Jahre 1995 wird das Schengener Durchführungsübereinkommen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien angewendet. Seither gibt es zwischen diesen Staaten freie Fahrt über die Grenzen. Gleichzeitig wurden die Kontrollen an den Außengrenzen verstärkt. Italien und Österreich wenden die Schengener Vertragsinhalte seit 1. April 1998 vollständig an.

Nun sollen weitere Staaten, die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, neue Schengen-Staaten werden. Die im Jahr 2004 beigetretenen EU-Mitglieder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern, Malta, und die drei baltischen Staaten erwarten bald den Fall der Grenzkontrollen der Binnengrenzen zu den anderen Schengenländern.

Und wie sicher wird das größere Europa dann sein?

Wie dem Jahresbericht über organisierte Schlepperkriminalität des Jahres 2006, herausgegeben vom Bundesministerium für Inneres, zu entnehmen ist, sind unsere nord/östlichen Nachbarn Tschechien, Slowakei und Ungarn nach wie vor beliebte Ausgangsländer geschleppter Personen. Die Slowakei führt den Reigen der Grenzübertritte mit 35 Prozent der geschleppten Personen an. Tschechien und Ungarn folgen mit jeweils 15 Prozent, womit wir 65 Prozent der nach Österreich geschleppten Personen nur drei neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verdanken, welche demnächst „Schengen-Reife“ besitzen sollten und selbst auch behaupten diese zu haben!

Nun sollte man aber auch den schon bestehenden Schengenraum nicht außer Acht lassen. Immerhin kommen elf Prozent der geschleppten Personen von Italien nach

Österreich. In der Kategorie der rechtswidrig eingereisten Personen konnte Italien als ausgesprochener Favorit der Grenzübertrittsländer nach Österreich festgestellt werden. Italien führt somit die Liste der Grenzübertritte rechtswidrig eingereister Personen mit über 74 Prozent an, gefolgt von Deutschland mit 15 Prozent und Ungarn mit acht Prozent.

2006 wurden an den österreichischen Grenzen bzw. im Bundesgebiet 39.408 Personen aufgegriffen. Über 470.000 aufrechte Aufenthaltstitel von Drittstaatsangehörigen existieren. Über 125.000 Asylanträge wurden seit 2002 gestellt, davon sind mehr als 40.000 offene Asylverfahren geblieben. Eine Netto-Zuwanderung, also ein Zuwanderungsplus, von über 50.000 Personen jedes Jahr und über 200.000 Verleihungen der österreichischen Staatsbürgerschaft innerhalb der letzten 5 Jahre muss unser Land erdulden.

Am 18. März 2007 drohte Bundesminister Platter in der Tageszeitung Kurier noch mit einem Veto gegen die Schengen-Erweiterung 2008. Er wurde zitiert: „Es kann nicht sein, dass die Grenzbalken geöffnet werden, wenn die Staaten die strengen Schengen-Standards nicht erfüllen.“

Parlamentskorrespondenz vom 24.09.2007, Nr. 659, steht unter dem Titel „**EU-Unterausschuss für vertiefte Zusammenarbeit gegen den Terror**“ zu lesen:

*„Schließlich teilte der Innenminister mit, dass die Schengen-Erweiterung nach Beschluss im November mit 1.1.2008 stattfinden werde. Die EU-Nachbarstaaten haben große Fortschritte erzielt, wobei Platter insbesondere die intensive Arbeit der Slowakei am Erreichen der Schengen-Standards würdigte. Es sei wichtig, die EU-Außengrenze abzusichern und den Informationsaustausch sicher zu stellen. Österreich sei auf die neue Situation vorbereitet, bleibe vorsichtig und werde einen Beobachtungszeitraum einhalten, in dem die Grenzkontrolle durch eine Grenzraumkontrolle ersetzt werde. Der Umsetzung von Schengen werde eine genaue Analyse der Veränderungen vorangehen.“*

Und das Frontex Annual 2006 berichtet:

*„Situation at the EU external borders 2006 – a brief overview*

*Based on the information provided by the EU Member States, Schengen associated countries, other institutional and open sources Frontex is tasked to collect and analyse the key findings picturing the scale and trends of illegal immigration towards the*

*external borders. In general it can be stated that the EU Member States and Schengen associated countries noted a decreasing trend of illegal entries at their external EU / Schengen borders. Contrary to this general decreasing trend, detections and apprehensions have increased at the Spanish external borders and in Greece, mainly at the Turkish land border, as reported. **As in the previous years detection figures at the external Schengen land borders (mainly Austrian and German external Schengen land borders) are significantly higher than those at the EU external land borders.**“ (...sind die Aufgriffszahlen an den Schengenausgengrenzen (überwiegend Ö und D) bedeutend höher als jene an den EU-Außengrenzen...)*

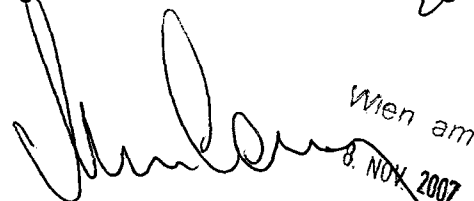
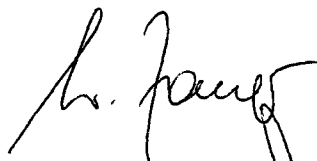
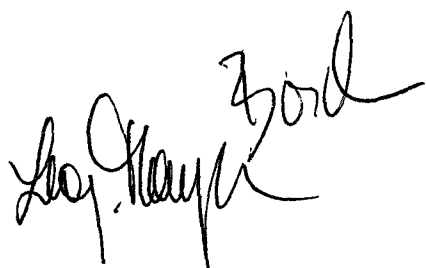
Vor diesem erschütternden Hintergrund, den ernüchternden Zahlen und Fakten, können und dürfen Österreich und vor allem aber unsere höchsten nationalen politischen Würdenträger und Vertreter in der europäischen Union, mit einer Zustimmung zur endgültigen Anwendung des Schengen-Besitzstands für die neuen EU-Mitgliedsstaaten, einem neuerlichen Ansturm aus dem Osten nicht Tür und Tor öffnen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, der Vollanwendung des Schengener Besitzstands für die neuen EU-Mitgliedstaaten im entsprechenden Rat der EU nicht zuzustimmen, solange die Aufgriffszahlen von illegal einreisenden Fremden an der Schengenausgengrenze Österreichs bedeutend höher sind, als jene an den EU-Außengrenzen.“



Wien am  
8. NOV. 2007